

Substanzielles Protokoll 116. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 14. September 2016, 17.00 Uhr bis 19.29 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Roger Bartholdi (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Sarah Stutte

Anwesend: 120 Mitglieder

Abwesend: Marcel Bührig (Grüne), Hans Jörg Käppeli (SP), Christine Seidler (SP), Guido Trevisan (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2016/272 | Eintritt von Pablo Büniger (FDP) anstelle des zurückgetretenen Marc Schlieper (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018 | |
| 3. | 2016/283 | * Weisung vom 31.08.2016:
Finanzdepartement, Wohnbauaktion 2017, Rahmenkredit von 90 Millionen Franken | FV |
| 4. | 2016/284 | * Weisung vom 31.08.2016:
Kultur, Zürcher Kunstgesellschaft, Änderung Subventionsvertrag | STP |
| 5. | 2016/285 | * Weisung vom 31.08.2016:
Sozialdepartement, Verein Pinocchio, Beratungsstelle für Eltern und Kinder, Beiträge 2017–2020 | VS |
| 6. | 2016/286 | * Weisung vom 31.08.2016:
Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Triemli / In der Ey, Quartier Albisrieden, Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons, Objektkredit | VHB
VSS |
| 7. | 2016/287 | * Weisung vom 31.08.2016:
Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Buhn, Quartier Seebach, Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons, Objektkredit | VHB
VSS |
| 8. | 2016/297 | * Weisung vom 07.09.2016:
Immobilien Stadt Zürich, Miete und Ausbau des 3. Obergeschosses des Geschäftshauses Räfelstrasse 12, Quartier Binz, für das Schulungszentrum Gesundheit SGZ, Objektkredit und Genehmigung des Mietvertrags, Anpassung | VHB
VGU |

9. [2015/347](#) Weisung vom 04.11.2015: FV
Motion der SVP-, FDP-, GLP- und CVP-Fraktionen betreffend
Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans durch den
Gemeinderat, Bericht und Abschreibung
10. [2016/162](#) Weisung vom 18.05.2016: FV
Finanzdepartement, Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ),
Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2015
11. [2016/76](#) Weisung vom 16.03.2016: FV
Liegenschaftsverwaltung, Landabgabe im Baurecht für eine
studentische Wohnüberbauung an der Rosengartenstrasse
51–53, Genehmigung des Baurechtsvertrags, Rückbau des
bestehenden ehemaligen Wasserreservoirs, Übertragung des
baurechtsbelasteten Teilgrundstücks ins Verwaltungsvermögen,
Altlastensanierung, Objektkredit, Zusatzkredit
12. [2015/262](#) A Motion von Stephan Iten (SVP) und Martin Bürlimann (SVP) vom FV
19.08.2015:
Verkauf der Parzelle «Kat.-Nr. WP3367» auf dem Areal Rosen-
garten an den meistbietenden Interessenten
13. [2015/327](#) A Motion von Martin Bürlimann (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom FV
30.09.2015:
Verkauf der beiden Parzellen «Kat.-Nrn. AL8039 und AL8618»
in Altstetten an den meistbietenden Interessenten
- * Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2205. 2016/311 Erklärung der FDP-Fraktion vom 14.09.2016: Besetzung des Kochareals

Namens der FDP-Fraktion verliest Michael Schmid (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Unhaltbare Zustände im und ums Koch-Areal: Wie lange schaut der Stadtrat noch weg?

Unserer Geschäftsstelle sind in jüngster Zeit verschiedene Zuschriften von Anwohnenden des Koch-Areals zugegangen. Diese zeugen von den unhaltbaren Zuständen, die vom Koch-Areal ausgehen. Das Koch-Areal befindet sich seit bald drei Jahren im Eigentum der Stadt. Sowohl aus Rücksicht auf die Anwohnenden, als auch der städtischen Steuerzahlenden ist der Stadtrat in der Pflicht, endlich entschieden zu handeln.

Damit klar wird, was wir meinen, wenn wir von unhaltbaren Zuständen sprechen, zitiere ich zuhanden des Gemeinderats und des heute anwesenden Finanzvorstehers, welcher die Eigentümerinteressen der Stadt Zürich gegenüber den Besetzern des Koch-Areals vertritt, aus einer dieser Zuschriften. Dabei mache ich eine Vorwarnung, dass hier auch normalerweise unparlamentarische Ausdrücke vorkommen. Das ist die

Realität, mit denen sich die Anwohnenden konfrontiert sehen. Ich zitiere:

„Während ich jetzt hier in meiner Wohnung sitze und diese Nachricht schreibe, wummert ein dumpfer Bass durch die kühle Septembernachtluft. Auf der Rautistrasse herrscht reges Treiben und Unruhe. Unsere Strasse dient derweil einmal mehr als öffentliches Urinal, da es überall Hecken, Büsche und dunkle Ecken hat, wo sich die Herren der Schöpfung (und manchmal auch Damen, die diese Bezeichnung gar nicht verdienen) hemmungslos erleichtern.

Das Koch-Areal und der linke Stadtrat bestehen ja darauf, dass dieser „illegale“ Partybetrieb aufrechterhalten wird, ohne dass dafür die nötige Infrastruktur vorhanden wäre.

Die Oberschwätzer aus der Verwaltung fanden die Idee der Anwohner, die im Frühling unterbreitete wurde, das Problem mit Toi Tois zu lösen, zwar toll. Doch geschehen ist einmal mehr nichts!

Um unsere Häuser und Autos herum wird weiter geschifft und gekotzt, was das Zeug hält. Und Herr Wolff würde wohl einmal mehr die Ansicht vertreten, dass dies «moderne urbane Kultur» sei.

Es wäre eine schöne kühle Frühherbstnacht. Vor der Besetzung liess ich in solchen Nächten alle Fenster offen, um die herrliche Luft reinzulassen. Ich muss jetzt alles geschlossen halten. Aber die Wärme der Sonne staut sich in den Räumen. Die eigentliche Stille wird im 1/4 Takt durch das dumpfe Knurren des Basses irgendeiner stumpfsinnigen Musik durchbrochen und ich kann ihm nur „entfliehen“, in dem ich entweder auch woanders schlafen ginge oder alle Fenster zu mache (wie es alle anderen in den Häusern um mich rum mittlerweile tun).

Ich fühle mich gefangen in meiner eigenen Wohnung. Als ich vor einer Stunde meine Tochter zu ihrem externen Schlafplatz fuhr (sie muss morgen arbeiten), ekelte es mich einmal mehr regelrecht das Haus zu verlassen, denn man weiss nie, was man antrifft! Einer der gerade «auspackt» oder einer der auf dem Trottoir liegt und seinen Rausch ausschläft. Wir hatten schon alles hier. - Und dafür zahle ich Steuern.

Auch wenn ich die Einzige bin, die deswegen schreibt: wir brauchen wirklich dringend Hilfe!

Ich bin nicht mal mehr wütend, sondern nur noch verzweifelt.“Zitatende.

Die schreibende Person ist wie gesagt nicht die Einzige, die uns geschrieben hat. Das ist die Situation, mit der sich Anwohnende einer städtischen Liegenschaft konfrontiert sehen.

Für nächstes Wochenende sind auf verschiedenen Websites – auch einer internationalen – bereits wieder eine Party und ein Konzert ausgeschrieben. Wir fordern den Stadtrat auf, dem Treiben auf dem Kochareal umgehend ein Ende zu bereiten, und so das geltende Recht in dieser Stadt durchzusetzen, die Anwohnenden zu schützen und die Steuerzahlenden nicht länger zu unwilligen Komplizen dieser unhaltbaren Zustände zu machen.

Persönliche Erklärungen:

Dr. Davy Graf (SP) hält eine persönliche Erklärung zur Fraktionserklärung der FDP.

Roger Liebi (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum Wegzug des Ballon d'Or aus Zürich.

Guy Krayenbühl (GLP) hält eine persönliche Erklärung zum Dadaismus.

G e s c h ä f t e

2206. 2016/272

Eintritt von Pablo Büniger (FDP) anstelle des zurückgetretenen Marc Schlieper (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018

In Anwendung von § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR, LS 161) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 24. August 2016 anstelle von Marc Schlieper (FDP 7+8) mit Wirkung ab 9. September 2016 für den Rest der Amtsdauer 2014 bis 2018 als gewählt erklärt:

Pablo Büniger (FDP 7+8), MLaw, Rechtsanwalt, geboren am 4. Januar 1983 von Zürich/ZH, Bertastrasse 33, 8003 Zürich

2207. 2016/283

Weisung vom 31.08.2016:

Finanzdepartement, Wohnbauaktion 2017, Rahmenkredit von 90 Millionen Franken

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 13. September 2016

2208. 2016/284

Weisung vom 31.08.2016:

Kultur, Zürcher Kunstgesellschaft, Änderung Subventionsvertrag

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 13. September 2016

2209. 2016/285

Weisung vom 31.08.2016:

Sozialdepartement, Verein Pinocchio, Beratungsstelle für Eltern und Kinder, Beiträge 2017–2020

Zuweisung an die SK SD gemäss Beschluss des Büros vom 13. September 2016

2210. 2016/286

Weisung vom 31.08.2016:

Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Triemli / In der Ey, Quartier Albisrieden, Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons, Objektkredit

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 13. September 2016

2211. 2016/287

Weisung vom 31.08.2016:

Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Buhn, Quartier Seebach, Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons, Objektkredit

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 13. September 2016

2212. 2016/297

Weisung vom 07.09.2016:

Immobilien Stadt Zürich, Miete und Ausbau des 3. Obergeschosses des Geschäftshauses Räfelstrasse 12, Quartier Binz, für das Schulungszentrum Gesundheit SGZ, Objektkredit und Genehmigung des Mietvertrags, Anpassung

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss des Büros vom 13. September 2016

2213. 2015/347

Weisung vom 04.11.2015:

Motion der SVP-, FDP-, GLP- und CVP-Fraktionen betreffend Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans durch den Gemeinderat, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans durch den Gemeinderat wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2014/318, der SVP-, FDP-, GLP- und CVP-Fraktion vom 22. Oktober 2014 betreffend Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans durch den Gemeinderat wird als erledigt abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Dispositivziffer 1 / Kommissionsreferent Dispositivziffer 2 und 3:

Michael Baumer (FDP): *Es ist jedes Mal unbefriedigend an der Budgetdebatte, dass zu dem Zeitpunkt, wenn wir das Budget beraten, viele Dinge bereits aufgegleist sind und nicht mehr einfach gestoppt werden können. Dies, weil Aufträge bereits erteilt und Stellen geschaffen wurden. Gemeinsam haben wir uns Gedanken darüber gemacht und eine entsprechende Motion eingereicht. Dieser sieht vor, dass man den Aufgaben- und Finanzplan (AFP), der die mittelfristige Entwicklung umfasst, verabschieden soll. Nach dem kantonalen Gemeindegesetz ist es nicht möglich, dass der Gemeinderat den Finanzplan im Detail berät und festsetzt. Der Finanzplan ist ein exekutives Instrument zur mittel- und langfristigen Planung, die der Gemeinderat nicht bestimmen kann. Der Finanzplan bindet aber andererseits den Gemeinderat auch nicht, wenn er das Budget festlegt. In die Information und Kenntnisnahme des Finanzplans kann der Gemeinderat durchaus miteinbezogen werden. Dem Gemeinderat soll künftig der Aufgaben- und Finanzplan zeitgleich mit dem Budget unterbreitet werden, so, dass der Gemeinderat den AFP nicht nur zugestellt bekommt, sondern ihn auch zur Kenntnis nimmt. Die RPK-Mehrheit sieht, dass der Stadtrat sein Möglichstes probiert hat, um die Motion umzusetzen. Wir möchten aber, dass man die Kenntnisnahme aufnimmt und in Zukunft über den AFP diskutiert. Wir sind uns auch einig, dass es nicht möglich sein soll, über die Hintertüre der Dispoanträge zum AFP noch Motionen einzubauen.*

Kommissionsminderheit:

Roger Liebi (SVP): *Während der Budgetdebatte 2014 haben wir wenig Bereitschaft seitens des Stadtrats gespürt, im Parlament über den Finanzplan zu reden. Wir gehen deshalb nicht davon aus, dass der Wille des Stadtrats da ist, dem Gemeinderat den Finanzplan vorzulegen. Mit dem neuen Gemeindegesetz und der neuen sogenannten Gemeindeverordnung, wird dem Finanzplan in der Stadt eine viel höhere Wirkung zukommen, als es bisher der Fall war. Mit dem neuen Gemeindegesetz ist verbunden, dass erstmals auch Gemeinden einen mittelfristigen Budgetausgleich machen müssen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass auch die Finanzplanung in diese Richtung geht und das Parlament etwas dazu sagen kann. Der Bericht muss dem Parlament zur Kenntnis vorgelegt und auch öffentlich aufgelegt werden. Die Regierung muss den Finanzplan beim Regierungsrat einreichen. Es ist auch von Interesse für den Regierungsrat zu wissen, wie das Parlament zur Finanzplanung der Regierung steht. Es ist deshalb nicht nur Makulatur, die Wirkung ist viel grösser.*

Weitere Wortmeldung:

Walter Angst (AL): *Wir wollen keine Form von Erklärungen des konsolidierten*

Entwicklungs- und Finanzplans (KEF) einführen, irgendwo zwischen Postulat und Motion. Wenn man mitbestimmen will, was der Stadtrat bezüglich der zukünftigen Finanzplanung machen soll und von der Richtlinienkompetenz des Gemeinderats Gebrauch machen will, muss dies in Form von Postulaten geschehen. Es soll keine weiterführenden Mittel geben, die zusätzliche Aktivitäten auslösen. Und es soll auch keine separate AFP-Debatte stattfinden. Das Geschäft müsste also in den Budgetsitzungen traktandiert und am Ende darüber abgestimmt werden, ob es zustimmend oder ablehnend zur Kenntnis genommen wird.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Es hiess von Seiten SVP, der Stadtrat hätte damals wenig Bereitschaft gezeigt, über den AFP zu diskutieren. Das stimmt so nicht. Die Motionäre wollten nicht in der Debatte darüber diskutieren. Ein Beschluss war nicht möglich. Dies war den Motionären von vorneherein klar. Wir haben aber noch ein dies definitiv bestätigendes Gutachten eingeholt. Ich bin froh über die Einigung, dass die AFP-Debatte im Rahmen des Budgets behandelt wird.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): *Der Stadtrat hat sich in der RPK dagegen gewehrt, dass man im Parlament darüber diskutiert. Wir haben relativ lange darüber geredet, was es bedeutet, dass der Finanzplan im Parlament zur Kenntnis gebracht wird. Letztlich war es eine Auslegung, was im Parlament zur Kenntnis nehmen oder zur Kenntnis bringen heisst. Zur Kenntnis bringen heisst für uns, dass man darüber debattiert.*

Walter Angst (AL): *Mit dem Vorgehen ist es jetzt der bürgerlichen Seite möglich, dem Stadtrat zu sagen, dass man nicht einverstanden ist mit seiner Finanzpolitik, ohne dass man das Budget zurückweisen muss.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht betreffend Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans durch den Gemeinderat wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Minderheit:	Stefan Urech (SVP), Referent
Abwesend:	Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 2

Die RPK beantragt folgende neue Dispositivziffer 2 (Die Dispositivziffer 2 wird zu Dispositivziffer 3.):

2. Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von der Zuschrift des Stadtrats vom 22. Juni 2016, dass er bereit ist, dem Gemeinderat den AFP zeitgleich mit dem Budget zur Kenntnisnahme zu unterbreiten, erstmals mit dem Voranschlag 2017.

Zustimmung: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Abwesend: Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 120 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Minderheit: Stefan Urech (SVP), Referent
Abwesend: Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die neue Dispositivziffer 2

Die RPK beantragt Zustimmung zur neuen Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Abwesend: Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 120 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3 (bisher Dispositivziffer 2)

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Abwesend: Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 118 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans durch den Gemeinderat wird Kenntnis genommen.

2. Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von der Zuschrift des Stadtrats vom 22. Juni 2016, dass er bereit ist, dem Gemeinderat den AFP zeitgleich mit dem Budget zur Kenntnisnahme zu unterbreiten, erstmals mit dem Voranschlag 2017.
3. Die Motion, GR Nr. 2014/318, der SVP-, FDP-, GLP- und CVP-Fraktion vom 22. Oktober 2014 betreffend Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans durch den Gemeinderat wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 21. September 2016

2214. 2016/162

Weisung vom 18.05.2016:

Finanzdepartement, Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ), Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2015

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2015 der Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ) wird genehmigt.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferent:

Michael Baumer (FDP): *Die Lage der Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ) ist, wie bei vielen solchen Anstalten, durch das aktuell sehr tiefe Zinsumfeld beeinflusst. Rund 13 % des Prämienvolumens kommt als Realertrag vom Kapitalmarkt. Daran sieht man, dass dies ein wesentlicher Anteil ist, der für eine Versicherung wichtig ist. Die Fall-Zunahme bei der Nichtberufsunfallversicherung (NBU) schlägt auf die Leistungen. Unfälle im Freizeitbereich nehmen zu, die NBU hat einen grossen Zuwachs und nicht die Berufsunfälle selber, wo man viel mehr präventiv wirken kann. Im Berichtsjahr gab es drei Todesfälle und entsprechende Leistungen, die nötig geworden sind. Das war eine statistisch sehr grosse Häufung, die entsprechenden Kosten nach sich gezogen hat. Die Sachaufwände waren relativ hoch, da das Bundesamt für Gesundheit aber Sachaufwände und Aufwände für Dienstleistungen Dritter in seinen Anforderungen an die Berichterstattung nicht unterscheidet, hat man einzelne Posten für ein Unfallversicherungs-Risikostatistiktool dem falschen Konto zugewiesen, weshalb die Dienstleistungen Dritter höher sind und die Sachaufwände tiefer. Der Bericht und die Rechnung sind sehr detailliert und aufschlussreich. Die RPK empfiehlt einstimmig, den Bericht und die Rechnung 2015 der UVZ anzunehmen.*

Schlussabstimmung

Die RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 117 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2015 der Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ) wird genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 21. September 2016 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

2215. 2016/76

Weisung vom 16.03.2016:

Liegenschaftenverwaltung, Landabgabe im Baurecht für eine studentische Wohnüberbauung an der Rosengartenstrasse 51–53, Genehmigung des Baurechtsvertrags, Rückbau des bestehenden ehemaligen Wasserreservoirs, Übertragung des baurechtsbelasteten Teilgrundstücks ins Verwaltungsvermögen, Altlastensanierung, Objektkredit, Zusatzkredit

Antrag des Stadtrats

1. Der Baurechtsvertrag vom 20. August 2015 mit der Stiftung für Studentisches Wohnen in Zürich (SSWZ) über die Begründung eines selbständigen und dauernden Baurechts i.S.v. Art. 675 und 779 ZGB für eine Teilfläche von rund 2800 m² zulasten des Grundstücks Kat.-Nr. WP3367 an der Rosengartenstrasse, Quartier Wipkingen, mit einer Dauer von 62 Jahren, Verlängerungsoptionen von 2 × 15 Jahren und einem provisorischen Baurechtszins von jährlich Fr. 78 606.– wird genehmigt. Vorbehalten bleibt die rechtskräftige Genehmigung der Zonenplanänderung durch die Baudirektion.
2. Für den Übertrag der neuen baurechtsbelasteten Teilfläche vom Finanzvermögen (Rechnungskreis 2026) ins Verwaltungsvermögen (Rechnungskreis 2030) wird ein Objektkredit von Fr. 3 144 220.– bewilligt, inklusive einem Betrag von Fr. 1 800 000.– für den Rückbau des bestehenden Reservoirs und der Beseitigung der Schadstoffe.
3. Unter Ausschluss des Referendums:
Im Budget 2016 der Liegenschaftenverwaltung wird auf Konto (2030) 500030, Erwerb Grundstück: Rosengartenstrasse, ein Betrag von Fr. 3 144 220.– eingestellt.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Gabriela Rothenfluh (SP): *Die Stadt besitzt an der Rosengartenstrasse 51–53 ein Grundstück von knapp 5000 m². Auf diesem Grundstück steht heute ein Wohnhaus mit zwei Wohnungen, zwei Garagen, einem altes Pumphaus und dem unterirdischen Wasserreservoir. Letzteres ist 1984 stillgelegt worden. Aufgrund der starken Lärmbelastung, die an der Rosengartenstrasse herrscht, respektive auch an der Bucheggstrasse, sind die Nutzungsmöglichkeiten des Areals sehr eingeschränkt. Die lärmbelastete Lage ist für den konventionellen Wohnungsbau nicht optimal, sondern eignet sich besser für temporäres Wohnen. So kam die Idee auf, dass man Wohnraum für Studierende schaffen könnte, die im Normalfall nur ein paar Jahre an einem Ort wohnen. Die Stiftung für Studentisches Wohnen in Zürich (SSWZ) hat ihr Interesse an dem Gebiet angemeldet und ein Projekt entwickelt, das jetzt vorliegt. Sie möchte an der Rosengartenstrasse einen Komplex mit rund 130 Zimmern für Studierende bauen. Damit das überhaupt möglich ist, hat der Gemeinderat bereits im letzten Jahr einer Umzonierung von einer Freihaltezone in eine W3 mit 66 % Wohnanteil zugestimmt. Die*

Umzonierung ist vom Kanton abgesegnet und inzwischen rechtskräftig. Das geplante Projekt sieht einen kompakten Riegel vor, der sich entlang der Bucheggstrasse zieht. Aufgrund der Lärmsituation gliedert sich das Gebäude in zwei Raumschichten. Während eine zweigeschossige Raumschicht mit Wohnen, Essen und Treppenhäusern gegen die Bucheggstrasse ausgerichtet ist, orientiert sich die zweite Schicht der übereinanderliegenden Zimmer gegen den lärmabgewandten Park. Im Erdgeschoss befinden sich Waschküche und Kellerräume, an der Südseite befinden sich die Kinderbetreuungsräume, die gegen den Park hin offen sind. Der Wohnraum für die Studierenden sieht vor, dass man 18 Maisonettewohnungen baut, die mehrheitlich sieben bis acht Zimmer haben. Diese werden nur über die Bucheggstrasse zugänglich sein. Die Miete eines Zimmers wird durchschnittlich 580.- Franken im Monat betragen. Mit der gewählten Bauweise ist es möglich, dass gut ein Drittel des Grundstücks frei bleibt. Grün Stadt Zürich wird dort, gleichzeitig mit der Erstellung des Hauses, einen Park anlegen, der fürs Quartier zugänglich ist. Der Baubeginn ist auf Frühling 2017 angesetzt, 2019 sollten die Wohnungen beziehbar sein. Die SSWZ rechnet mit Erstellungskosten von rund 26,5 Millionen Franken. 1,5 Millionen Franken davon sollen Eigenmittel sein, je vier Millionen aus dem Lotteriefonds des Kantons und der ETH kommen sowie einem unverzinslichen Darlehen der Stadt aus dem Jugendwohnkredit. Für die restlichen 13 Millionen Franken wird die SSWZ auf Fremdkapital zurückgreifen. Die Wohnungen dürfen selbstverständlich nur an Studierende vermietet werden. Die Bauberechtigte verpflichtet sich auch, nur das Wettbewerbsprojekt zu realisieren und auch den Park, so wie er geplant ist. Zudem verpflichtet sie sich, 1 % der Hauptnutzungsfläche der Stadt unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Für den Übertrag vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen ist ein Zusatzkredit von 3,14 Millionen Franken nötig. Dort miteingeschlossen ist auch der Objektkredit für den Rückbau und die Bereinigung der Schadstoffe. Die Kommissionsmehrheit beurteilt das vorliegende Projekt als sinnvoll und wird deshalb der Weisung zustimmen. Es steht noch die Frage im Raum, ob man nicht den geplanten Tunnelbau am Rosengarten abwarten sollte, um dann dort ein durchmischtes Wohnbauprojekt zu realisieren und nicht nur Studentenwohnungen. Doch es ist fraglich, ob der Tunnel jemals gebaut wird und wenn, dann dauert dies noch sehr lang. Selbst dann werden Rosengarten- und Bucheggstrasse keine ruhigen Quartierstrassen, sondern weiterhin mit viel Lärm belastet sein. In Zürich gibt es viel zu wenig Wohnraum für Studierende, allein das Projekt wird nur ein Tropfen auf dem heissen Stein sein.

Kommissionsminderheit:

Urs Fehr (SVP): *Relativ unbestritten war das Geschäft nicht. Wir fordern den Verkauf der Parzelle an den Meistbietenden, weshalb wir nicht dafür sein können.*

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2016/76 und 2015/262.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Urs Egger (FDP): *Wir sind der Meinung, dass die Stadt nicht unbedingt einen grossen Liegenschaftenbesitz benötigt, weshalb wir den Liegenschaftenverkauf befürworten. Studentisches Wohnen ist aber ein Problem in Zürich. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir Studentisches Wohnen ein wenig höher gewichten, als die Grundsatzfrage des Liegenschaftenverkaufs. Deshalb unterstützen wir die Weisung.*

Niklaus Scherr (AL): *Die Fraktion wird die Weisung unterstützen, ich selbst mich enthalten. Die Velofahrer, die von der ETH Höggerberg oder der Uni Irchel kommen, fahren relativ selbstmörderisch die Bucheggstrasse herunter. Wenn sie korrekt fahren, gelangen sie durch eine Unterführung und kommen auf der anderen Seite wieder heraus. Illegalerweise werden aber die meisten der in dem angedachten*

Studentenwohnheim untergebrachten jungen Leute vom Bucheggplatz auf dem Trottoir hinunterfahren, um überhaupt in den Velokeller zu kommen. Dieser befindet sich an einem unmöglichen Ort. Die Priorität des gemeinnützigen Projekts steht eindeutig im Vordergrund, aber die Mitbeteiligung der städtischen Verwaltung an der Erarbeitung des Projekts stelle ich in Frage, denn der Velokeller ist einfach deplatziert.

Adrian Gautschi (GLP): *Die GLP wird dem Geschäft zustimmen. Das Projekt ist qualitativ gut, denn die geführte Diskussion handelte eigentlich nur vom Eingang zum Velokeller und nicht von der Anordnung der Toiletten oder Anzahl der Waschmaschinen. Es ist für uns nicht entscheidend, ob der Tunnel realisiert wird oder nicht.*

Matthias Probst (Grüne): *Der Eingang zum Velokeller ist wirklich unglücklich. Man kann durch den Park fahren, was aber auch sicher nicht ideal ist. Studentisches Wohnen ist ein Bedürfnis in der Stadt, doch nicht nur. Wir werden die Weisung unterstützen, weil wir es für eine sinnvolle Nutzung des Areals halten. Die SVP hat ein neues Hobby, alle Ländereien in städtischem Besitz zu suchen und dem Meistbietenden verkaufen zu wollen. Hier war man noch dreist genug, eine Umzonung zu fordern und erst dann dem Meistbietenden zu verkaufen.*

Martin Bürlimann (SVP): *Die SVP will das Grundstück verkaufen, damit der Erlös der Allgemeinheit zugute kommt und nicht einer kleinen Interessengruppe. Es besteht kein Notstand an Studentenwohnungen. Die ETH lässt bereits 900 Zimmer auf dem Campus Hönggerberg erstellen. Es gibt weiterhin viele Stiftungen, die günstige Wohnungen und Zimmer anbieten und es sind viele Einzelzimmer in WGs ausgeschrieben. Es gibt 18 Maisonettewohnungen, der Mietpreis wird aber entsprechend niedrig gehalten. Auch die Rundumbetreuung auf Kosten der Allgemeinheit kommt nicht zu kurz. Es gibt einen Kindergarten und eine Kindertagesstätte mit Ganztagesbetreuung. Beide Einrichtungen sind im Untergeschoss angedacht. Damit wird klar, dass der Park, dessen Erstellungskosten noch nicht im Kredit enthalten sind, nicht in erster Linie dem Quartier zugute kommt, sondern den Bewohnern der Studentensiedlung mit ihren Kindern. Mit den staatlichen Studentenwohnungen nimmt man jungen Leuten die Aufgabe ab, selbständig auf Wohnungssuche zu gehen. Lehrlinge haben es vergleichsweise nicht leichter, sie müssen sich auch ein eigenes Zimmer suchen. Mit dem Projekt wird erneut eine Interessengruppe auf Kosten der Allgemeinheit begünstigt. Die SVP will den Stadtrat verpflichten, die Parzelle nach der Umzonierung zu verkaufen. Wir beantragen eine Abstimmung unter Namensaufruf.*

Stephan Iten (SVP): *Wir reden von einem Baurechtsvertrag mit einem jährlichen Einkommen für die Stadt von 78 600 Franken. Eigentlich etwas Positives, wenn man an unsere marode Kasse denkt. Aber erstmal muss man investieren, nämlich 1,8 Millionen Franken für den Rückbau des ehemaligen Wasserreservoirs. Den Betrag könnte man sparen, würde man das Land verkaufen, das jahrzehntelang ungenutzt in der Freihaltezone gewesen ist. Noch dazu soll der Vertrag mit einem Projekt abgeschlossen werden, das in den nächsten 90 Jahren die Stadtkasse mächtig belasten wird. Die SSWZ will preisgünstiges Wohnen für Studenten zur Verfügung stellen. Zur Stiftung gehört die ETH, die Uni Zürich – beide nicht selber finanziert – und die Studentische Wohngenossenschaft Zürich (WOKO). Die Zurverfügungstellung sieht so aus, dass ein Neubau, der 26,5 Millionen Franken kosten wird, mehrheitlich durch den Steuerzahler finanziert wird. Die Stiftung, die sich für solche Unkosten einsetzt, beteiligt sich gerade einmal mit 1,5 Millionen Franken. Jede Bank würde eine solche Finanzierung ablehnen. Es wird behauptet, wir hätten zu wenig preisgünstige Wohnungen. Eine genaue Zahl wird aber nicht genannt. Müssen wir wirklich subventionierte Wohnungen bauen, die auf Schätzwerten basieren? In der Zeitung war dieses Jahr zu lesen, dass ungefähr die Hälfte der 200 Zürcher Studentenwohnungen im Freilager noch nicht vermietet sind,*

angeblich weil der Weg zur Uni zu weit sei. Das geplante Projekt an der Rosengartenstrasse darf mit diesen fragwürdigen Begründungen und den horrenden nichtselbstdeckenden Kosten unter keinen Umständen gebaut werden. Das kann sich die Stadt finanziell nicht leisten.

Martin Luchsinger (GLP): Es gibt gewisse Vorlagen, die das Volk in die Gemeindeordnung geschrieben hat und die umgesetzt werden sollen. Man kann nun wettern und Stereotypen gegen Studenten vorbringen oder die Stiftung negativ betrachten. Der Wohnungsbereich ändert sich immer mal wieder ein wenig, deshalb kann man heute nicht genau beziffern, wie viele Wohnungen man morgen benötigt. Aber zu denken, man täte der Stadt und den Finanzen etwas Gutes, indem man das Land einmalig dem Meistbietenden verkauft, ist unlogisch. Wir verkaufen jetzt etwas zum jetzigen Marktpreis, woraus ein einmaliger Effekt in der Kasse und auf der nächsten Rechnung spürbar ist. Wir können das Land nachher auch anders nutzen, es ist nicht weg. Wir müssen es nicht wieder teuer von Privaten zurückkaufen. Auch bleibt die Frage, wo die neuen Grundstücksbesitzer das Geld versteuern werden. Geschieht dies im Kanton Zürich oder anderswo?

Dr. Pawel Silberring (SP): Es heisst überall, Bildung ist unsere Ressource. Der Kanton, der die Institution Universität betreibt sowie der Bund, der die Institution ETH betreibt, sind verpflichtet, sich auch darum zu kümmern, wo die Studenten wohnen sollen. Man kann die Anzahl benötigter Wohnungen nicht genau abschätzen, man weiss aber, dass es bei weitem nicht ausreichen wird und die Stadt muss entsprechend handeln. Wir sind froh, dass sie diese Gelegenheit nutzt und hier einen Beitrag leistet. Wir stimmen der Weisung sehr gern zu.

Severin Pflüger (FDP): Die FDP hat studentisches Wohnen immer unterstützt. Wir haben eine klare Meinung und wenn wir uns teilweise enthalten, dann nur, weil wir in der Partei gewisse Gepflogenheiten haben. Sofern ein Bedarf besteht, werden wir uns weiterhin dafür einsetzen. Eine Schätzung von 4000 bis 5000 Wohnungen reicht uns völlig.

Stefan Urech (SVP): Das einzig Neue, was auf dem Land noch passieren wird, ist etwas, das noch mehr kostet. Es muss auch noch jemanden geben, der sich mit den 10 Milliarden Franken Schulden der Stadt befasst und nicht mit einzelnen Interessensgruppen. Dem Stadtzürcher Studenten ist am meisten damit gedient, dass seine eigenen Kinder später keinen Schuldenbuckel mit auf den Weg bekommen, der noch grösser ist als der heutige. Deshalb wollen wir das Land verkaufen und wieder ein bisschen mehr Eigenkapital anschaffen. Das Grundstück ist nicht wertlos und man kann auch etwas anderes damit machen. Direkt gegenüber dieses Landstücks hat man teure Eigentumswohnungen gebaut, über die Hälfte davon waren verkauft, bevor man die Grube der Baustelle ausgehoben hat.

Urs Fehr (SVP): Man kann hier nicht von einem einmaligen Effekt reden, erst muss man wissen, wie hoch der Verkaufspreis ist. Dann kann man eine Rechnung ausstellen, was günstiger gewesen wäre: Das Grundstück im Baurecht zu behalten oder es jetzt zu verkaufen.

Mario Mariani (CVP): Für uns ist es wichtig, dass für das Studentische Wohnen etwas gemacht wird. Das Volk hat über einen Wohnbauartikel abgestimmt und darin hiess es, die Stadt muss ein Drittel aller Wohnungen verfügbar machen. Ein Vorstoss, der fordert, wieder etwas zu verkaufen, würde dem Wohnschutzartikel widersprechen.

Joe A. Manser (SP): Ein bisschen untergegangen ist in der Diskussion, dass das

Projekt eine hervorragende Investition in die Standortqualität der Stadt ist. Was gibt es besseres, als wenn wir in die Studenten investieren? Es geht nicht um einige Wohnungen für irgendwen. Es geht eigentlich um viel mehr.

Dr. Urs Egger (FDP): *Zürich ist ein wichtiger Forschungs- und Bildungsstandort, dass es dafür gewisse Rahmenbedingungen und Investitionen braucht, ist klar. Wohnen ist ein Teil davon. Macht man dann die Rechnung in Richtung Subvention, sieht diese noch anders aus als in anderen Kategorien des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Es wurde von SP und GLP gesagt, dass man mit staatlichen Liegenschaften langfristig das Wohnungsproblem lösen soll. Aus liberaler Sicht bin ich darüber erstaunt, denn es sind immer noch die Privaten, die investieren und damit auch die Lücke füllen, die es gibt. Sie lösen das Wohnungsproblem. Wir wollen Privatinvestitionen, die die Stadt voranbringen.*

Roger Liebi (SVP): *Man weiss nicht, wie hoch die Preise in zehn Jahren sind und ob ein Grundstück dann mehr oder weniger wert ist. Es ist sicher nicht falsch zu sagen, wenn man schon ein wichtiger Hochschulstandort ist, dass man den Studenten auch einiges zur Verfügung stellt. Doch es ist eigenartig, dass wir Wohnungen für Leute subventionieren, die nach ihrer Studentenzeit, wenn sie also anfangen Geld zu verdienen, ihren Wohnsitz nicht mehr in der Stadt haben. Das Geld, dass man einmal ausgegeben hat, fliesst also nicht mehr zurück. Wieso diskutiert man im Zusammenhang mit Studentischem Wohnen nicht über einen Anteil wie bei Stipendien? Es ist quasi selbstverständlich, dass dieser Anteil von der Allgemeinheit gezahlt wird. Lehrlinge haben beispielsweise keine Möglichkeit, eine Wohnung zu mieten, schon gar keine, eine Studentenwohnung zu bekommen.*

Andreas Egli (FDP): *Studenten sind als Potenzial für die Zukunft zu sehen. Wenn die Studenten ihr Studium einmal abgeschlossen haben, muss man ihnen gute Rahmenbedingungen in der Stadt bieten, damit es für sie interessant ist, auch hier zu bleiben. Man darf das auch nicht nur einfach als Frage der Wohnbaupolitik sehen, es ist primär eine Investition in die Ausbildung unserer Jugend und in den Hochschulstandort Zürich.*

Martin Luchsinger (GLP): *Die Stadt ist attraktiv und entsprechend werden die Landpreise steigen. Ein Privater, der das Grundstück kaufen will, würde genau dieser Prognose folgen, denn sonst würde er das Land nicht kaufen wollen. Ich habe nicht gesagt, dass die Privaten nicht bauen sollen oder dass nur die Stadt oder der Staat die Wohnungen erstellen kann. Als Stadt haben wir die Aufgabe vom Volk bekommen, für ein Drittel gemeinnütziger Wohnungen zu sorgen. Das ist ein Auftrag, der in der Verfassung steht. Man kann darüber diskutieren, wie man das finanzpolitisch erreichen kann. Wenn man aber die Nutzungsfläche dafür nicht hat, geht das nicht. Die Privaten sind am Bauen, worüber wir froh sind. Das ist die einzige Möglichkeit, wie gemeinsam mehr Wohnungsmassnahmen umgesetzt werden können und das soll weiterhin so passieren. Man kann die Wohnungsnot nur miteinander lösen. Das heisst nicht, dass man bisher besessenes Land entsprechend verkauft, sonst ignoriert man den Wählerwillen. Wir versuchen möglichst schnell, effizient und mit den besten Mitteln für die Stadt Projekte umzusetzen. Das hier diskutierte Vorhaben ist die richtige Nutzung für den momentanen Ort, ein Potenzial für die Zukunft. Es wird, auch wenn die Studenten nachher woanders promovieren oder gar wegziehen, wieder andere Studenten an den Standort Zürich bringen.*

Roger Liebi (SVP): *Man geht nicht auf den Gegensatz ein zwischen denen, die sich akademisch weiterbilden und denen, die es nicht tun und diese Möglichkeiten nicht haben. Die Politik vom billigen Geld fliesst heute in die Immobilien, wird aber allen später einmal in der Pensionskasse ziemlich weh tun. Das bringt der Zukunft und dem*

Mittelstand nicht viel. Der soziale und gemeinnützige Wohnungsbau wird uns bis 2050 15 Milliarden Franken kosten. Wenn man das Geld ausgibt, muss es auch irgendwo wieder eingespart werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Man kann ein Zeichen setzen für die junge Generation. Es ist schwierig, in der Debatte von Klientel zu reden. Es muss für alle Parteien ein Anliegen sein, dass für die Jungen gute Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Es kann uns nicht egal sein, dass sie irgendwo ausserhalb wohnen, die Stadt muss auch innerhalb Wohnmöglichkeiten anbieten. Die Vorstellung, dass die Stadt jede Parzelle mit Eigentumswohnungen zupflastern soll, teile ich nicht. Wir stellen auch Wohnungen für Gruppierungen zur Verfügung, deren Zahlungskraft noch nicht ausgeprägt ist. Wir erfüllen damit letztlich auch einen Volksauftrag.*

Martin Bürlimann (SVP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Martin Bürlimann (SVP) mit 99 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit: Gabriela Rothenfluh (SP), Referentin; Präsident Matthias Probst (Grüne), Linda Bär (SP), Simon Diggelmann (SP), Adrian Gautschi (GLP), Gabriele Kisker (Grüne) i. V. von Eva Hirsiger (Grüne), Dr. Pawel Silberring (SP)
 Minderheit: Urs Fehr (SVP), Referent; Katharina Widmer (SVP)
 Enthaltung: Vizepräsident Dr. Urs Egger (FDP), Onorina Bodmer (FDP), Niklaus Scherr (AL)
 Abwesend: Martin Luchsinger (GLP)

Abstimmung gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
138	Anken	Walter	SVP	NEIN
087	Akyol	Ezgi	AL	JA
084	Angst	Walter	AL	JA
013	Aubert	Marianne	SP	JA
092	Babini	Mario	parteilos	JA
137	Balsiger	Samuel	SVP	NEIN
063	Bär	Linda	SP	JA
001	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
098	Baumann	Markus	GLP	JA
168	Baumer	Michael	FDP	JA
018	Beer	Duri	SP	JA
114	Bertozzi	Roberto	SVP	NEIN
037	Bieri	Cordula	Grüne	JA
133	Bodmer	Onorina	FDP	JA

031	Brander	Simone	SP	JA
119	Brunner	Alexander	FDP	JA
051	Bührig	Marcel	Grüne	--
165	Büniger	Pablo	FDP	JA
003	Bürki	Martin	FDP	JA
176	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
033	Denoth	Marco	SP	JA
009	Diggelmann	Simon	SP	JA
061	Edelmann	Andreas	SP	JA
004	Egger	Heidi	SP	JA
167	Egger	Urs	FDP	JA
130	Egli	Andreas	FDP	JA
030	Egloff	Mathias	SP	JA
127	Fehr	Urs	SVP	NEIN
008	Fischer	Renate	SP	JA
015	Frei	Dorothea	SP	JA
044	Früh	Anjushka	SP	JA
099	Garcia	Isabel	GLP	JA
161	Gautschi	Adrian	GLP	JA
027	Glaser	Helen	SP	JA
135	Götzl	Martin	SVP	NEIN
020	Graf	Davy	SP	JA
088	Guggenheim	Eduard	AL	--
048	Helfenstein	Urs	SP	JA
072	Hirsiger	Eva	Grüne	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
005	Hug	Christina	Grüne	JA
143	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
160	Hüni	Guido	GLP	JA
116	Huser	Christian	FDP	JA
175	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
108	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
123	Iten	Stephan	SVP	NEIN
039	Kälin	Simon	Grüne	JA
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	--
086	Kirstein	Andreas	AL	JA
025	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
118	Kleger	Thomas	FDP	JA
026	Knauss	Markus	Grüne	JA
147	Kobler	Raphael	FDP	JA
045	Kraft	Michael	SP	JA
102	Krayenbühl	Guy	GLP	JA
002	Küng	Peter	SP	JA
071	Kunz	Markus	Grüne	JA
068	Kurtulmus	Muammer	Grüne	JA
066	Lamprecht	Pascal	SP	JA
158	Landolt	Maleica	GLP	JA
134	Leiser	Albert	FDP	JA
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	JA
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN

149	Luchsinger	Christoph	FDP	JA
101	Luchsinger	Martin	GLP	JA
082	Maino	Rosa	AL	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA
042	Manz	Mathias	SP	JA
163	Mariani	Mario	CVP	JA
154	Marty	Christoph	SVP	NEIN
069	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
104	Merki	Markus	GLP	JA
140	Monn	Thomas	SVP	NEIN
024	Moser	Felix	Grüne	JA
152	Müller	Marcel	FDP	JA
173	Müller	Rolf	SVP	NEIN
096	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
032	Näf	Ursula	SP	JA
125	Osbahr	Thomas	SVP	NEIN
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	JA
052	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	JA
073	Probst	Matthias	Grüne	JA
157	Regli	Daniel	SVP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	JA
111	Richter	Derek	SVP	NEIN
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
097	Roy	Shaibal	GLP	JA
145	Rudolf	Reto	CVP	JA
054	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
141	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	JA
178	Schick	Peter	SVP	NEIN
089	Schiller	Christina	AL	JA
083	Schiwow	Michail	AL	JA
049	Schmid	Marion	SP	JA
170	Schmid	Michael	FDP	JA
146	Schoch	Elisabeth	FDP	JA
156	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
041	Seidler	Christine	SP	--
019	Silberring	Pawel	SP	JA
151	Simon	Claudia	FDP	JA
107	Sobernheim	Sven	GLP	JA
017	Speck	Roger-Paul	SP	JA
171	Steger	Heinz F.	FDP	JA
046	Steiner	Jonas	SP	JA
034	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
035	Tobler	Marcel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	JA
162	Traber	Christian	CVP	JA
105	Trevisan	Guido	GLP	--

166	Tschanz	Raphaël	FDP	JA
183	Urben	Michel	SP	JA
110	Urech	Stefan	SVP	NEIN
120	Uttinger	Ursula	FDP	JA
047	Utz	Florian	SP	JA
144	Vogelbacher	Reto	CVP	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	JA
129	Weyermann	Karin	CVP	JA
113	Widmer	Katharina	SVP	NEIN
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA
095	Wiesmann	Matthias	GLP	JA

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Gabriela Rothenfluh (SP), Referentin; Präsident Matthias Probst (Grüne), Linda Bär (SP), Simon Diggelmann (SP), Adrian Gautschi (GLP), Gabriele Kisker (Grüne) i. V. von Eva Hirsiger (Grüne), Dr. Pawel Silberring (SP)
Minderheit: Urs Fehr (SVP), Referent; Katharina Widmer (SVP)
Enthaltung: Vizepräsident Dr. Urs Egger (FDP), Onorina Bodmer (FDP), Niklaus Scherr (AL)
Abwesend: Martin Luchsinger (GLP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs.1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) und gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR (Namensaufruf):

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
138	Anken	Walter	SVP	NEIN
087	Akyol	Ezgi	AL	JA
084	Angst	Walter	AL	JA
013	Aubert	Marianne	SP	JA
092	Babini	Mario	parteilos	JA
137	Balsiger	Samuel	SVP	NEIN
063	Bär	Linda	SP	JA
001	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
098	Baumann	Markus	GLP	JA
168	Baumer	Michael	FDP	JA
018	Beer	Duri	SP	JA
114	Bertozzi	Roberto	SVP	NEIN
037	Bieri	Cordula	Grüne	JA
133	Bodmer	Onorina	FDP	JA
031	Brander	Simone	SP	JA
119	Brunner	Alexander	FDP	JA
051	Bührig	Marcel	Grüne	--
165	Büniger	Pablo	FDP	JA

003	Bürki	Martin	FDP	JA
176	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
033	Denoth	Marco	SP	JA
009	Diggelmann	Simon	SP	JA
061	Edelmann	Andreas	SP	JA
004	Egger	Heidi	SP	JA
167	Egger	Urs	FDP	JA
130	Egli	Andreas	FDP	JA
030	Egloff	Mathias	SP	JA
127	Fehr	Urs	SVP	NEIN
008	Fischer	Renate	SP	JA
015	Frei	Dorothea	SP	JA
044	Früh	Anjushka	SP	JA
099	Garcia	Isabel	GLP	JA
161	Gautschi	Adrian	GLP	JA
027	Glaser	Helen	SP	JA
135	Götzl	Martin	SVP	NEIN
020	Graf	Davy	SP	JA
088	Guggenheim	Eduard	AL	--
048	Helfenstein	Urs	SP	JA
072	Hirsiger	Eva	Grüne	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
005	Hug	Christina	Grüne	JA
143	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
160	Hüni	Guido	GLP	JA
116	Huser	Christian	FDP	JA
175	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
108	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
123	Iten	Stephan	SVP	NEIN
039	Kälin	Simon	Grüne	JA
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	--
086	Kirstein	Andreas	AL	JA
025	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
118	Kleger	Thomas	FDP	JA
026	Knauss	Markus	Grüne	JA
147	Kobler	Raphael	FDP	JA
045	Kraft	Michael	SP	JA
102	Krayenbühl	Guy	GLP	JA
002	Küng	Peter	SP	JA
071	Kunz	Markus	Grüne	JA
068	Kurtulmus	Muammer	Grüne	JA
066	Lamprecht	Pascal	SP	JA
158	Landolt	Maleica	GLP	JA
134	Leiser	Albert	FDP	JA
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	JA
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
149	Luchsinger	Christoph	FDP	JA
101	Luchsinger	Martin	GLP	JA
082	Maino	Rosa	AL	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA

042	Manz	Mathias	SP	JA
163	Mariani	Mario	CVP	JA
154	Marty	Christoph	SVP	NEIN
069	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
104	Merki	Markus	GLP	JA
140	Monn	Thomas	SVP	NEIN
024	Moser	Felix	Grüne	JA
152	Müller	Marcel	FDP	JA
173	Müller	Rolf	SVP	NEIN
096	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
032	Näf	Ursula	SP	JA
125	Osbahr	Thomas	SVP	NEIN
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	JA
052	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	JA
073	Probst	Matthias	Grüne	JA
157	Regli	Daniel	SVP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	JA
111	Richter	Derek	SVP	NEIN
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
097	Roy	Shaibal	GLP	JA
145	Rudolf	Reto	CVP	JA
054	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
141	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	JA
178	Schick	Peter	SVP	NEIN
089	Schiller	Christina	AL	JA
083	Schiwow	Michail	AL	JA
049	Schmid	Marion	SP	JA
170	Schmid	Michael	FDP	JA
146	Schoch	Elisabeth	FDP	JA
156	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
041	Seidler	Christine	SP	--
019	Silberring	Pawel	SP	JA
151	Simon	Claudia	FDP	JA
107	Sobernheim	Sven	GLP	JA
017	Speck	Roger-Paul	SP	JA
171	Steger	Heinz F.	FDP	JA
046	Steiner	Jonas	SP	JA
034	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
035	Tobler	Marcel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	JA
162	Traber	Christian	CVP	JA
105	Trevisan	Guido	GLP	--
166	Tschanz	Raphaël	FDP	JA
183	Urben	Michel	SP	JA
110	Urech	Stefan	SVP	NEIN
120	Uttinger	Ursula	FDP	JA

047	Utz	Florian	SP	JA
144	Vogelbacher	Reto	CVP	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	JA
129	Weyermann	Karin	CVP	JA
113	Widmer	Katharina	SVP	NEIN
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA
095	Wiesmann	Matthias	GLP	JA

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Baurechtsvertrag vom 20. August 2015 mit der Stiftung für Studentisches Wohnen in Zürich (SSWZ) über die Begründung eines selbständigen und dauernden Baurechts i.S.v. Art. 675 und 779 ZGB für eine Teilfläche von rund 2800 m² zulasten des Grundstücks Kat.-Nr. WP3367 an der Rosengartenstrasse, Quartier Wipkingen, mit einer Dauer von 62 Jahren, Verlängerungsoptionen von 2 x 15 Jahren und einem provisorischen Baurechtszins von jährlich Fr. 78 606.– wird genehmigt. Vorbehalten bleibt die rechtskräftige Genehmigung der Zonenplanänderung durch die Baudirektion.
2. Für den Übertrag der neuen baurechtsbelasteten Teilfläche vom Finanzvermögen (Rechnungskreis 2026) ins Verwaltungsvermögen (Rechnungskreis 2030) wird ein Objektkredit von Fr. 3 144 220.– bewilligt, inklusive einem Betrag von Fr. 1 800 000.– für den Rückbau des bestehenden Reservoirs und der Beseitigung der Schadstoffe.
3. Unter Ausschluss des Referendums:
Im Budget 2016 der Liegenschaftenverwaltung wird auf Konto (2030) 500030, Erwerb Grundstück: Rosengartenstrasse, ein Betrag von Fr. 3 144 220.– eingestellt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 21. September 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 20. Oktober 2016)

2216. 2015/262

Motion von Stephan Iten (SVP) und Martin Bürlimann (SVP) vom 19.08.2015: Verkauf der Parzelle «Kat.-Nr. WP3367» auf dem Areal Rosengarten an den meistbietenden Interessenten

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

Stephan Iten (SVP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1169/2015): Die Umzonierung erachten wir als gut und sinnvoll. Fristgerecht haben wir unsere Motion eingereicht, die forderte, das Land an den Meistbietenden zu verkaufen. Der Stadtrat teilte ein halbes Jahr später per Medienmitteilung mit, dass der Baurechtsvertrag nun fix sei und 130 Zimmer für Studierende entstehen sollen. Unsere Motion wurde mit keinem Wort erwähnt. Im Rat wurde sie immerhin mit zwei Sätzen ablehnend begründet. Wir haben ein Anrecht darauf, dass wir vom Stadtrat ernst genommen werden, die Antwort auf unsere Motion war billig und wird jetzt auch noch hinter die Weisung traktandiert, weshalb es eigentlich keinen Sinn mehr macht, sie überhaupt noch zu behandeln. Für uns macht es mehr Sinn, dass das Stück Land, das jetzt so viele Jahre ungenutzt war,

zu verkaufen. Es fliesst dadurch wieder Geld in die Stadtkasse, es verursacht keine weiteren Unkosten mehr und man muss sich nicht um den Rückbau des alten Reservoirs kümmern. Wir sind auch der Meinung, dass es schon genügend Studentenwohnungen gibt und der Platz anders genutzt werden kann. Neben den vielen Studentenwohnungen ist erst im September der Campus der ETH Hönggerberg neu eröffnet worden, der nochmals weitere 1000 Plätze für Studierende bietet. Wenn der neue Besitzer sich entscheidet, auf der neuen Parzelle Studentenwohnungen zu bauen, ist das sein gutes Recht. Man darf ihm dies aber nicht als Auflage für den Erwerb machen. Es heisst, dass aufgrund der starken Lärmbelastung die Nutzungsmöglichkeiten auf dem Areal eingeschränkt seien. Entlang der ganzen Strasse gibt es Wohnungen, die nie leer stehen. In Opfikon und Glattbrugg, also direkt um den Flughafen herum, wird extrem viel gebaut. Mit den heutigen Baumethoden kann man bauen, ohne dass der Lärm von ausserhalb empfindlich stört.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Grundstücke zu verkaufen, die man wohnpolitisch nutzen kann, widerspricht ganz klar dem Gemeindeordnungsartikel, den der Stadtrat erfüllen muss und will. Deshalb gibt es für den Stadtrat gar keine Handhabe, das Grundstück zu verkaufen.

Weitere Wortmeldungen:

Martin Bürlimann (SVP): Es ist kürzlich an dieser Ecke ein Reihenhaus verkauft worden, die Nachfrage ist also da. An der Rosengartenstrasse ist momentan keine einzige Wohnung zur Miete frei. Wenn dort so eine schreckliche Lage wäre, würden die Wohnungen leer stehen und die Häuser wären unverkäuflich. Ein Verkauf ist kein einmaliger, sondern ein langfristiger Effekt. Es stellt sich die Frage, ob man die Staatsquote und Staatstätigkeit ausweiten oder senken will. Ich möchte auch hier einen Antrag auf Namensaufruf stellen.

Niklaus Scherr (AL): Wir haben vorher beschlossen, das Areal, das in unserem öffentlichen, kommunalen Besitz ist, einem Dritten rechtsverbindlich im Baurecht abzutreten. Warum diskutieren wir dann noch über die Motion?

Weitere Wortmeldungen siehe unter GR Nr. 2016/76, Beschluss-Nr. 2215/2016.

Martin Bürlimann (SVP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Martin Bürlimann (SVP) mit 71 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
138	Anken	Walter	SVP	JA
087	Akyol	Ezgi	AL	NEIN
084	Angst	Walter	AL	--
013	Aubert	Marianne	SP	NEIN
092	Babini	Mario	parteilos	NEIN
137	Balsiger	Samuel	SVP	JA

063	Bär	Linda	SP	NEIN
001	Bartholdi	Roger	SVP	JA
098	Baumann	Markus	GLP	NEIN
168	Baumer	Michael	FDP	NEIN
018	Beer	Duri	SP	NEIN
114	Bertozzi	Roberto	SVP	JA
037	Bieri	Cordula	Grüne	NEIN
133	Bodmer	Onorina	FDP	NEIN
031	Brander	Simone	SP	NEIN
119	Brunner	Alexander	FDP	NEIN
051	Bührig	Marcel	Grüne	--
165	Bünger	Pablo	FDP	NEIN
003	Bürki	Martin	FDP	NEIN
176	Bürlimann	Martin	SVP	JA
033	Denoth	Marco	SP	NEIN
009	Diggelmann	Simon	SP	NEIN
061	Edelmann	Andreas	SP	NEIN
004	Egger	Heidi	SP	NEIN
167	Egger	Urs	FDP	NEIN
130	Egli	Andreas	FDP	NEIN
030	Egloff	Mathias	SP	NEIN
127	Fehr	Urs	SVP	JA
008	Fischer	Renate	SP	NEIN
015	Frei	Dorothea	SP	NEIN
044	Früh	Anjushka	SP	NEIN
099	Garcia	Isabel	GLP	NEIN
161	Gautschi	Adrian	GLP	NEIN
027	Glaser	Helen	SP	NEIN
135	Götzl	Martin	SVP	JA
020	Graf	Davy	SP	NEIN
088	Guggenheim	Eduard	AL	NEIN
048	Helfenstein	Urs	SP	NEIN
072	Hirsiger	Eva	Grüne	NEIN
011	Huber	Patrick Hadi	SP	NEIN
005	Hug	Christina	Grüne	NEIN
143	Hungerbühler	Markus	CVP	NEIN
160	Hüni	Guido	GLP	NEIN
116	Huser	Christian	FDP	NEIN
175	Hüssy	Kurt	SVP	JA
108	im Oberdorf	Bernhard	SVP	JA
123	Iten	Stephan	SVP	JA
039	Kälin	Simon	Grüne	NEIN
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	--
086	Kirstein	Andreas	AL	NEIN
025	Kisker	Gabriele	Grüne	NEIN
118	Kleger	Thomas	FDP	NEIN
026	Knauss	Markus	Grüne	NEIN
147	Kobler	Raphael	FDP	NEIN
045	Kraft	Michael	SP	NEIN
102	Krayenbühl	Guy	GLP	NEIN

002	Küng	Peter	SP	NEIN
071	Kunz	Markus	Grüne	NEIN
068	Kurtulmus	Muammer	Grüne	NEIN
066	Lamprecht	Pascal	SP	NEIN
158	Landolt	Maleica	GLP	NEIN
134	Leiser	Albert	FDP	NEIN
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	NEIN
121	Liebi	Roger	SVP	JA
149	Luchsinger	Christoph	FDP	NEIN
101	Luchsinger	Martin	GLP	NEIN
082	Maino	Rosa	AL	NEIN
201	Manser	Joe A.	SP	NEIN
042	Manz	Mathias	SP	NEIN
163	Mariani	Mario	CVP	NEIN
154	Marty	Christoph	SVP	JA
069	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	NEIN
104	Merki	Markus	GLP	NEIN
140	Monn	Thomas	SVP	JA
024	Moser	Felix	Grüne	NEIN
152	Müller	Marcel	FDP	NEIN
173	Müller	Rolf	SVP	JA
096	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	NEIN
032	Näf	Ursula	SP	NEIN
125	Osbah	Thomas	SVP	JA
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	NEIN
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
052	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	NEIN
073	Probst	Matthias	Grüne	NEIN
157	Regli	Daniel	SVP	JA
006	Richli	Mark	SP	NEIN
111	Richter	Derek	SVP	JA
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	NEIN
097	Roy	Shaibal	GLP	NEIN
145	Rudolf	Reto	CVP	NEIN
054	Rykart Sutter	Karin	Grüne	NEIN
010	Sangines	Alan David	SP	NEIN
065	Savarioud	Marcel	SP	NEIN
141	Schatt	Heinz	SVP	JA
077	Scherr	Niklaus	AL	NEIN
178	Schick	Peter	SVP	JA
089	Schiller	Christina	AL	NEIN
083	Schiwow	Michail	AL	NEIN
049	Schmid	Marion	SP	NEIN
170	Schmid	Michael	FDP	NEIN
146	Schoch	Elisabeth	FDP	NEIN
156	Schwendener	Thomas	SVP	JA
041	Seidler	Christine	SP	--
019	Silberring	Pawel	SP	NEIN
151	Simon	Claudia	FDP	NEIN
107	Sobernheim	Sven	GLP	NEIN

017	Speck	Roger-Paul	SP	NEIN
171	Steger	Heinz F.	FDP	NEIN
046	Steiner	Jonas	SP	NEIN
034	Strub	Jean-Daniel	SP	NEIN
035	Tobler	Marcel	SP	NEIN
150	Tognella	Roger	FDP	NEIN
162	Traber	Christian	CVP	NEIN
105	Trevisan	Guido	GLP	--
166	Tschanz	Raphaël	FDP	NEIN
183	Urban	Michel	SP	NEIN
110	Urech	Stefan	SVP	JA
120	Uttinger	Ursula	FDP	NEIN
047	Utz	Florian	SP	NEIN
144	Vogelbacher	Reto	CVP	NEIN
062	von Matt	Hans Urs	SP	NEIN
129	Weyermann	Karin	CVP	NEIN
113	Widmer	Katharina	SVP	JA
028	Wiesmann	Barbara	SP	NEIN
095	Wiesmann	Matthias	GLP	NEIN

Die Motion wird mit 22 gegen 98 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

2217. 2015/327

**Motion von Martin Bürlimann (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 30.09.2015:
Verkauf der beiden Parzellen «Kat.-Nrn. AL8039 und AL8618» in Altstetten an den
meistbietenden Interessenten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

Martin Bürlimann (SVP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1317/2015):
Man soll die Staatsquote endlich mässigen. Der Staat soll sich auf seine Kernaufgabe konzentrieren und diese in guter Qualität zu einem vernünftigen Preis anbieten. Die öffentliche Hand soll sich auf Aufgaben beschränken, die nicht von Privaten durchgeführt werden können. Dazu gehört, dass die Stadt kein Bauland horten soll. Die Stadt verkauft Baulandreserven und Immobilien, die nicht benötigt werden. Mit den Einnahmen aus Immobilienverkäufen sollen primär Schulden zurückgezahlt und das Eigenkapital der Stadt gestärkt werden. Der Stadtrat hat vor wenigen Monaten das Gebäude Airgate an der Thurgauerstrasse 40 im Quartier Seebach gekauft. Die Stadt besitzt bereits das Hochhaus Werd und hat im März 2015 den Gebäudekomplex Eggbühlstrasse gekauft. Damit ist, gemäss Aussage des Stadtrats, der mittelfristige Raumbedarf der Verwaltung gedeckt. Auf den beiden Parzellen an der Aargauerstrasse in Altstetten ist der Bau eines Verwaltungszentrums vorgesehen. Nach dem Kauf des Airgate ist das nicht mehr nötig. Die beiden Parzellen sollen auf dem Markt dem Meistbietenden verkauft werden. Mit der vorliegenden Motion kann der Gemeinderat Position beziehen. Es gäbe Einnahmen zur Schuldenreduktion und die Aufgaben der Verwaltung würden abnehmen. Wir möchten auch hier den Antrag auf Namensaufruf stellen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Wir horten kein Bauland. Es geht hier nicht direkt um Land fürs Wohnen. Aber für die längerfristige Entwicklung der Stadt werden Landreserven benötigt, schon allein mit Blick auf den Schulhausbau. Die Stadt muss in der Lage sein, für spätere Generationen mögliche Bedürfnisse abdecken zu können, die wir heute noch nicht abschätzen können. In einer Stadt, die so verdichtet wird, sind solche Landreserven langfristig notwendig und kurzfristig geben sie immer die Möglichkeit, mit Zwischennutzungen oder Verlegungen aktuelle Probleme zu lösen.*

Weitere Wortmeldungen:

Stephan Iten (SVP): *Die Erschliessung des öffentlichen Verkehrs ist bei beiden Parzellen ausgezeichnet. Also beste Voraussetzungen für einen privaten Investor, dort etwas Rentables bauen zu können. Von einem solchen Bau würde auch die Stadt profitieren, sei es während des Baus oder nachher von den Steuereinnahmen. Der Buchwert beider Parzellen beläuft sich auf 17 Millionen Franken, die momentan noch ungenutzt sind. Dabei braucht die Stadt Geld, um ihre Schulden zurückzuzahlen. Ständig wird gekauft, aber nichts wieder abgestossen. Man muss sich keine Gedanken darüber machen, wie der Bedarf langfristig grundsätzlich zu erwarten ist, sondern darüber, wie man langfristig die Zuwanderung in die Stadt stoppen will. Wie die 15 000 m² zwischengenutzt werden sollen? Vermutlich muss das Land für eine Asylunterkunft erhalten. Davon haben wir schon genug. Unnötig ungenutzte Baulandreserven sollen verkauft und nicht gehortet werden. Wer Zürich langfristig finanzstark sehen will, sollte unsere Motion unterstützen.*

Linda Bär (SP): *Die öffentlichen Gelder gewährleisten die Infrastruktur und die Privaten können die von Steuergeldern gezahlte Infrastruktur nutzen und dort möglichst viel Gewinn herausholen. Das wollen wir nicht unterstützen. Die Wohnbaupolitik der SVP soll offenbar einzig und allein für gutverdienende Menschen funktionieren. Weder für Studierende noch für Asylsuchende will man Wohnraum zur Verfügung stellen. Landreserven sind nicht nur für Verwaltungszentren von Bedeutung, sondern auch für Schulen, Grünflächen und preisgünstigen Wohnungsbau. Was wir vorher schon gehört haben, gilt auch in diesem Fall. Eine Landreserve bietet längerfristig eine grössere finanzielle Sicherheit als der kurzfristige Erlös aus dem Verkauf an den Meistbietenden. Boden ist im Gegensatz zu Geld ein knappes Gut, weil nicht vermehrbar. Jeder Mensch hat ein Recht auf eine Wohnung. Darum ist der Boden besser aufgehoben beim Staat, weil er dafür sorgen kann, dass allen das Recht darauf erfüllt wird.*

Dr. Urs Egger (FDP): *Dass der Boden beim Staat am besten aufgehoben ist, heisst nichts anderes, als dass man ihn verstaatlichen muss. Dass private Investoren, die Infrastruktur wie Wasserleitungen, Strom und Strassen nutzen, um ihre Investitionen machen zu können, ist die logische Arbeitsteilung der öffentlichen Hand und der Privaten. Diejenigen, die die Infrastruktur nutzen, zahlen dafür Gebühren und diese sind in der Stadt bekanntlich ziemlich hoch, abgesehen von den Steuern, die sie auch noch zahlen. Der Stadtrat bezeichnet die Grundstücke als strategisch, wenn man aber liest, was alles darunter fällt, reicht dies von Altersheimen, Werkhöfen, Schulen, Sport, Kultur bis hin zu einem Carparkplatz. Dies ist für mich ein Sammelsurium aller möglichen Nutzungsarten.*

Martin Luchsinger (GLP): *Landreserven sind für eine Stadt zentral, insbesondere für eine wachsende Stadt. Natürlich kann man darüber diskutieren, was die Landreserve dort strategisch macht. Wenn wir das Land verkaufen und den Carparkplatz nach Altstetten verlegen wollen, bei wem kaufen wir diese zu welchem Preis ein? Wenn wir anfangen, möglichst alle unsere Flächen im jetzigen Moment wegzugeben, spüren wir das in der nächsten Rechnung zu Ungunsten der nächsten Generation. Denn es ist uns*

jetzt noch nicht bewusst, wie sich die Stadt in den kommenden Jahren entwickeln wird. Das halte ich für eine sehr kurzsichtige Finanzpolitik sowie Land- und Stadtentwicklung.

Samuel Balsiger (SVP): *Wenn man es langfristig betrachtet, ist der gemeinnützige und soziale Wohnungsbau nicht finanzierbar. Langfristig ist ein Zeitraum bis 2050 und wenn wir bis dann 15 Milliarden Steuerfranken in den sozialen Wohnungsbau investieren, ist das nicht finanzierbar. Die zukünftigen Generationen werden Schulden abbauen müssen und kein Kapital haben, um Projekte umzusetzen und auch etwas investieren zu können. 20 % der Steuerzahler erbringen 80 % des Steuersubstrats. Die bösen Reichen und Grossbanken finanzieren in Zürich ihre sozialistischen Fantasien, aber nicht ewig. Es fängt an zu bröckeln, weil die Stadt nicht mehr attraktiv sein wird, wenn man eine solche Politik durchsetzen will.*

Mario Mariani (CVP): *Wir reden über Landreserven, die die Stadt jetzt hat und die nichts kosten. Strategie ist, wenn man noch nicht weiss, was man mit dem Grundstück machen will. Wenn man es schon wüsste, wäre es keine Strategie mehr, dann wäre man schon in der Detailplanung.*

Eduard Guggenheim (AL): *Der Landwert nimmt jährlich um etwa 5 % zu. Die Stadt kann das Grundstück verkaufen und hat dann vielleicht 20 Millionen Franken mehr in der Kasse, was sie dann anlegen kann, um zügige Verluste einzufahren. Das Stück Land ist eine Landreserve und eine langfristige Anlage. Die gibt man nicht einfach weg. Darüber hinaus stand in der Weisung, dass dies ein Standplatz für Fahrende ist. Frühere Diskussionen haben schon gezeigt, dass man nicht weiss, welche Plätze man für Fahrende noch zur Verfügung stellen soll. Deshalb ist dies auch ein Grund, warum man die Parzelle sicher nicht verkaufen sollte.*

Dr. Mario Babini (parteilos): *Es wird immer gesagt, dass die Stadt bezüglich des Eigenkapitals in einer ziemlich desolaten Situation steckt. Doch wenn die Stadt ihre Landreserven verkauft, kauft ein vorsichtiger Finanzminister vielleicht dreissigjährige Bundesobligationen und dafür muss er noch einen Zins zahlen. Wenn man sieht, dass die Tiefzinspolitik bei den Nationalbanken weltweit vermutlich noch Jahrzehnte andauern wird, muss man sich fragen, ob in 30 Jahren eine Bundesobligation oder eine Landreserve mehr Wert hat.*

Samuel Balsiger (SVP): *Jedes Jahr wandern 80 000 Personen ein. Selbstverständlich ist die Diskussion, die wir hier führen, eine Einwanderungsdiskussion. Es geht darum, dass die Masse schädlich ist. Dies in jedem Bereich, der eine Erfolgsposition für die Stadt und die Schweiz ist: Infrastruktur, Miete, Akzeptanz und Einwanderung generell. Dass wir auf Ausländer als Spezialisten angewiesen sind, ist eine Tatsache. Aber seit wir die Personenfreizügigkeit haben, sind wir in eine Masslosigkeit hineingerutscht, die unserem Land schadet. Es muss weiterhin möglich sein, dass man sich in der Stadt eine Wohnung leisten kann und dieses Manko nicht mit 15 Milliarden Steuerfranken auf Kosten nachkommender Generationen finanziert wird.*

Dorothea Frei (SP): *Wir haben eine Masseneinwanderung in der Stadt. Wir haben letztes Jahr 327 143 Autos importiert. Wir haben noch mehr Masseneinwanderung von Kaffeebohnen, 135 Tonnen, die wir in der Schweiz verkaufen, was ungefähr 1 % des BIP ausmacht. Wir hatten im 15. Jahrhundert schon Masseneinwanderung und eine zweite Welle im 18. Jahrhundert. Wir wohnen nun einmal in einer globalisierten Welt. Wir haben Land, das wir nutzen und damit planen können. Anders als in den Landgemeinden um den See, die aus Finanzgründen alles verkauft haben und kein Land mehr haben, um Schulhäuser zu kaufen und auch kein Geld mehr, um das Land zurückzukaufen.*

Die Motion wird mit 41 gegen 77 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2218. 2016/312

Postulat der AL-Fraktion vom 14.09.2016:

Erhalt von preisgünstigen Wohnungen bei Planungsvorhaben, Ergänzung der Massnahmen-Liste im Programm Wohnen als Auftrag an das Amt für Städtebau

Von der AL-Fraktion ist am 14. September 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, eine Ergänzung der Massnahmen-Liste im Programm Wohnen mit einem Auftrag an das Amt für Städtebau (AfS) zu prüfen. Bei Planungsvorhaben, die zur Verdichtung und zum Abbruch von bestehendem preisgünstigen Wohnraum führen, soll mit den Grundeigentümern geprüft werden, wie bei der Realisierung der baulichen Massnahmen die Anzahl preisgünstiger Wohnungen erhalten werden kann.

Begründung:

Mit dem Gestaltungsplan Überlandstrasse hat das Amt für Städtebau (AfS) dem Gemeinderat eine Planung zur Beschlussfassung unterbreitet, die zu einer kompletten Erneuerung des Wohnungsbestandes führt. Mit den Grundeigentümern ist nicht über den bei der Planung von Ersatzneubauten angestrebten Wohnungsmix, das Preisniveau der neuen Wohnungen und die Möglichkeit, einen Teil der bestehenden Bauten zu erhalten, diskutiert worden.

Auf die Frage, warum das AFS mit den mehrheitlich gemeinnützigen Grundeigentümern nicht über die Möglichkeit diskutiert habe, bei ihren Projekten die heute bestehenden Angebote an sehr preiswerten Wohnungen zu erhalten, ist darauf verwiesen worden, dass kein entsprechender Auftrag an das AFS im Programm Wohnen enthalten sei.

Bei Verdichtungsprozessen kann das Angebot an preisgünstigem Wohnraum für die von Verdrängung bedrohten Haushalte nur erhalten bzw. ausgebaut werden, wenn im Planungsprozess die Potentiale frühzeitig mit den Grundeigentümern diskutiert und nach Möglichkeit auch umgesetzt werden. Ein entsprechender Auftrag an das Amt für Städtebau ist deshalb in das Programm Wohnen aufzunehmen.

Mitteilung an den Stadtrat

2219. 2016/313

Postulat von Karin Rykart Sutter (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 14.09.2016:

Sportwagen mit speziellen Auspuffanlagen, Verbot von Fahrten mit geöffneter Auspuffklappe

Von Karin Rykart Sutter (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) ist am 14. September 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er auf Stadtgebiet das Fahren mit geöffneter Auspuffklappe von Sportwagen mit speziellen Auspuffanlagen verbieten kann.

Begründung:

Die Stadt Zürich hält in der Lärmschutzverordnung (713.410) Art. 2 fest, dass es jedermann untersagt ist, Lärm zu verursachen, der durch rücksichtsvolle Handlungsweise vermieden oder vermindert werden kann. Zudem dürfen keine Geräte, Maschinen, Fahrzeuge, Apparate oder andere Vorrichtungen Lärm erzeugen,

der durch geeignete Vorkehrungen vermieden oder vermindert werden kann.

Bei Sportwagen mit speziellen Auspuffanlagen gibt es die Möglichkeit mit geöffneter Auspuffklappe zu fahren. Dies erzeugt brachialen Lärm, welcher die Lärmschutzgrenze deutlich überschreitet. Und dies ohne jeglichen Sinn, mit Ausnahme der Freude des Fahrzeughalters.

Auf der Webseite des Gesundheits- und Umweltdepartementes ist zu lesen, dass rund ein Drittel der städtischen Bevölkerung an Strassen mit einer Lärmbelastung über dem Immissionsgrenzwert der Lärmschutzverordnung leben und damit stark von Verkehrslärm belastet sind.

Mit einem Verbot von Fahren mit geöffneter Auspuffklappe innerhalb des Stadtgebietes könnte der Stadtrat mit einer kleinen Massnahme ein bisschen Abhilfe für die lärmgeplagte Stadtbevölkerung schaffen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

2220. 2016/314

**Schriftliche Anfrage von Matthias Probst (Grüne) vom 14.09.2016:
Ausnutzungsreserven für Wohn- und Gewerbeflächen bei den städtischen Tram- und Busdepots, Angaben zu theoretischen Mehrausnutzungen sowie möglichen Arealüberbauungen**

Von Matthias Probst (Grüne) ist am 14. September 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt Zürich besitzt nicht nur Baulandreserven, sie besitzt auch zahlreiche Bauten, welche das belegte Grundstück nicht voll ausnutzen. Vor nicht allzu langer Zeit wurde auf einem solchen Grundstück die inzwischen weltweit bekannte Genossenschaft Kalkbreite gebaut, ein Projekt, das Industrie, Gewerbe und Wohnen auf wunderbare Weise miteinander verbindet. Ausserdem befindet sich das Tramdepot Hard in Planung. Leider blieb es bis anhin bei diesen beispielhaften Projekten. Von privater Seite wurde mit dem „Noerd“ in Oerlikon etwas ähnliches probiert, jedoch ohne Wohnnutzung (was in der entsprechenden Zone auch nicht möglich wäre). Es stellt sich die Frage, ob das verdichtete Bauen noch mit weiteren ähnlichen Doppelnutzungen auf städtischen Gebäuden, Werkhallen, Depots oder Tramwendeschlaufen gefördert werden kann.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Tram- und Bus-Depots besitzt die Stadt Zürich?
2. Wann werden diese Depots das nächste Mal saniert? Wir bitten um Zeitplan für jedes einzelne Depot.
3. Auf welchen Depot-Grundstücken sieht die Bau- und Zonenordnung der Stadt Zürich eine höhere Ausnutzung vor, als dies aktuell der Fall ist? Wie hoch ist diese theoretische Mehrausnutzung?
4. Welche dieser Grundstücke erreichen die Grösse für eine Arealüberbauung? Wie hoch wäre die theoretische Mehrausnutzung mit Arealüberbauung?
5. Welche dieser Mehrausnutzungen gedenkt der Stadtrat bei der nächsten Sanierung/Umbau zu konsumieren?
6. Welche der Mehrausnutzungen wären theoretisch in Form von Wohn- oder Gewerbeflächen nutzbar?

Mitteilung an den Stadtrat

2221. 2016/315

**Schriftliche Anfrage von Walter Angst (AL) vom 14.09.2016:
Anzeigen wegen Hinderung einer polizeilichen Amtshandlung und Ungehorsams gegen amtliche Verfügungen, Entwicklung der Fallzahlen, Bussen und Art der Erledigung der Verfahren sowie mögliche Entscheidungshilfen für eine Anzeige oder das Ausstellen einer Busse**

Von Walter Angst (AL) ist am 14. September 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Ombudsfrau weist in ihrem Bericht auf eine Häufung von Anzeigen wegen Hinderung einer polizeilichen Amtshandlung und Ungehorsams gegen amtliche Verfügungen durch die Stadtpolizei hin. Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung der nachfolgenden Fragen:

1. Wie viele Strafanzeigen wegen a) Hinderung einer Amtshandlung (STGB 286) beziehungsweise b) Ungehorsam gegen eine amtliche Verfügung (STGB 292) wurden in den Jahren 2012, 2013, 2014 und 2015 von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtpolizei Zürich eingereicht?
2. Wie viele Bussen wegen Nichtbefolgung einer polizeilichen Anordnung (Art 4 APV) wurden in den Jahren 2012, 2013, 2014 und 2015 ausgesprochen?
3. In wie vielen Fällen ist es in diesen Verfahren zu Einsprachen, Nichtanhandnahmeverfügungen bzw. Einstellungen gekommen?
4. Gibt es ausser den erwähnten noch andere Tatbestände, die wegen Vorfällen im Dienst von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtpolizei zur Anzeige gebracht werden (zB. Ehrverletzungsklagen)?
5. Werden Beamte, die eine solche Strafanzeige eingereicht bzw. eine Bussenverfügung ausgesprochen haben, über Einsprachen der Beschuldigten, Nichtanhandnahmeverfügungen und Einstellungen informiert?
6. Falls einzelne dieser Fragen wegen fehlendem Datenmaterial nicht beantwortet werden können: Ist es möglich, ein solches Monitoring einzuführen?
7. Bestehen Anweisungen, Handreichungen, Fallsammlungen oder andere Unterlagen, die die Beamten der Stadtpolizei bei der Entscheidung unterstützen, in welchen Fällen eine Strafanzeige beziehungsweise das Ausstellen einer Busse aufgrund von STGB 286, 292 oder Art. 4 APV angezeigt beziehungsweise zu unterlassen ist?
8. Gibt es bei der Stadtpolizei oder den Polizeischule Schulungsmodule, die diese Fragen behandeln, oder sind solche geplant?

Mitteilung an den Stadtrat

2222. 2016/316

Schriftliche Anfrage von Andrea Leitner Verhoeven (AL) vom 14.09.2016: Beteiligung der NZZ-Mediengruppe am Zurich Film Festival, Hintergründe zur Leistungsvereinbarung mit der Stadt und den wiederkehrenden Kultursubventionen sowie mögliche Garantien hinsichtlich der Unabhängigkeit des Festivals

Von Andrea Leitner Verhoeven (AL) ist am 14. September 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 24. August 2016 informierte das Zurich Film Festival die Presse darüber, dass die NZZ-Mediengruppe sich mit 52% an der Zurich Film Festival AG, der Veranstalterin des Zurich Film Festivals, und an der Vermarktungsorganisation Spoundation Motion Picture AG beteiligt. In der Weisung 2014/216 steht geschrieben, dass das Zurich Film Festival nach wie vor von der Spoundation Motion Picture GmbH durchgeführt wird.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welches Unternehmen hat somit die Leistungsvereinbarung mit der Stadt Zürich unterzeichnet und ist damit Empfängerin der städtischen Jahressubventionen von 350'000 Franken: die Zurich Film Festival AG, die Veranstalterin des Zurich Film Festivals, oder die Vermarktungsorganisation Spoundation Motion Picture GmbH (mittlerweile in eine AG umgewandelt)?
2. Wann wurde die Zurich Film Festival AG gegründet? Was ist ihr statuarischer Zweck?
3. Kommen neben dem Zurich Film Festival weitere als kommerzielle Privatunternehmungen konstituierte Veranstalter in den Genuss von wiederkehrenden Kultursubventionen? Wenn ja welche?
4. Wie stellen sich die Stadt und das Präsidialdepartement zur Mehrheitsbeteiligung der NZZ-Mediengruppe am Zurich Film Festival? Wie beurteilt das Präsidialdepartement die Position des Festivals als eigenständige und unabhängige Veranstaltung unter den neuen Besitzverhältnissen?
5. Welche Garantien hinsichtlich der Unabhängigkeit des Festivals beabsichtigt das Präsidialdepartement einzufordern, insbesondere auch im Hinblick auf die Verknüpfung des Titels NZZ mit dem Festival und seinen Veranstaltungen?

6. Plant die Stadt Zürich im Gespräch mit der neuen Trägerschaft des ZFF zu prüfen, ob das Festivalzentrum künftig in den Räumlichkeiten der NZZ untergebracht werden kann statt auf dem Sechseläutenplatz, der damit von einer der wiederkehrenden Veranstaltungen von mehrtägiger Dauer entlastet würde?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

2223. 2016/147

**Schriftliche Anfrage von Markus Knauss (Grüne) vom 20.04.2016:
Verbreiterung der Langstrassenunterführung für Velofahrende und FussgängerInnen, Angaben zur konkreten Projektierung, zur Kostenübernahme durch den Kanton sowie zu den Szenarien zur Fortsetzung der Radroute nördlich und südlich der Unterführung**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 690 vom 31. August 2016).

2224. 2016/148

**Schriftliche Anfrage von Felix Moser (Grüne) vom 20.04.2016:
Sparmassnahmen des Kantons Zürich, Mehrkosten bzw. Mehrerträge für die Stadt sowie mögliche Auswirkungen auf den kantonalen Ressourcenausgleich**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 687 vom 31. August 2016).

2225. 2016/149

**Schriftliche Anfrage von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 20.04.2016:
Möglichkeiten für eine optimierte Energieplanung mittels Open Government Data (OGD), Potenzial der von der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellten Energiedaten sowie mögliche datenschutzrechtliche Einschränkungen**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 705 vom 31. August 2016).

2226. 2016/188

**Schriftliche Anfrage von Simone Brander (SP) und Simon Kälin (Grüne) vom 01.06.2016:
Parkierung von Motorrädern, Praxis der Stadt bezüglich der illegal abgestellten Motorräder sowie Möglichkeiten für die Bewirtschaftung der Parkierung**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 733 vom 31. August 2016).

- 2227. 2016/189**
Schriftliche Anfrage von Stefan Urech (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 01.06.2016:
Ausrüstungsstandard der Sekundarschulhäuser bezüglich Beamer und Visualizer, Kriterien und Möglichkeiten für eine Entwicklung der Infrastruktur unter Einhaltung der Globalkredite

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 707 vom 31. August 2016).

- 2228. 2016/190**
Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 01.06.2016:
Versteckte und halböffentliche Subventionen für städtische Kulturinstitutionen, Auflistung der Kosten durch die Miete von Lokalitäten, den Kauf von Tickets sowie erbrachte Sach- und Eigenleistungen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 703 vom 31. August 2016).

- 2229. 2016/192**
Schriftliche Anfrage von Felix Moser (Grüne) und Karin Rykart Sutter (Grüne) vom 01.06.2016:
Modul «Schüler/innen Email» im Rahmen des Projekts KITS3, Zielgruppe für den Einsatz von Email-Accounts sowie Lernziele und Verwendungsmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 706 vom 31. August 2016).

- 2230. 2016/209**
Schriftliche Anfrage von Samuel Balsiger (SVP) und Roberto Bertozzi (SVP) vom 08.06.2016:
Angaben zur Wohnsituation der Asylbewerbenden in der Stadt sowie zur Bemessung der Beiträge an die Logiskosten

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 708 vom 31. August 2016).

- 2231. 2016/211**
Schriftliche Anfrage von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Markus Merki (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 08.06.2016:
Kulturförderung im Rahmen der Manifesta 11, arbeitsrechtliche Auflagen für unterstützte Veranstaltungen sowie Möglichkeiten zur gezielten Beteiligung der lokalen KMU und der Kultur- und Kreativwirtschaft

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 702 vom 31. August 2016).

2232. 2016/253

Schriftliche Anfrage von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP) und 4 Mitunterzeichnenden vom 29.06.2016:

Bauliche Entwicklung im Quartier Lengg, Auswirkungen auf die Verkehrsentwicklung und die lokale Verträglichkeit sowie Planungsstand bezüglich eines Verkehrskonzepts und dem Einbezug der Schulen und der Quartierbevölkerung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 704 vom 31. August 2016).

Nächste Sitzung: 21. September 2016, 17 Uhr.